Festrede zum Jahresempfang der jüdischen Gemeinde Bochum

03. November 2026

Sehr geehrter Herr Rabinovich,
sehr geehrter Herr Chraga,
sehr geehrter Herr Lehrer,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Lukat,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dudda,
sehr geehrter Herr Rabbiner Bruckner,
sehr geehrte Mitglieder der jüdischen Gemeinde Bochum,
sehr geehrte Gäste,

I.
ich freue mich sehr, dass ich heute auf Ihrem Jahresempfang die Festrede halten darf. Die Idee dazu ist bei meinem Besuch Ihrer Gemeinde am 18. Juni dieses Jahres entstanden.

Ihre Gemeinde gehört zum Leben in Bochum, Herne und Hattingen. Hier wird gebetet und gelernt, werden Feste gefeiert und Beziehungen gepflegt. Menschen unterschiedlicher Generationen gestalten miteinander jüdischen Glauben in der Gegenwart. Dafür möchte ich Ihnen danken. Dass Sie Ihren Glauben frei leben und Ihre Zukunft hier gestalten können, geht uns alle an.

Als Bischof von Essen ist es mir ein besonderes Anliegen, die Beziehungen zu den jüdischen Gemeinden in persönlicher Begegnung und vertrauensvollem Austausch zu pflegen. Mit großer Wertschätzung nehme ich wahr, wie Sie jüdisches Leben in unserer Region gestalten und unsere Gesellschaft mit Ihrem Glauben, Ihrer Kultur und Ihrem Engagement bereichern. Angesichts zunehmender antisemitischer Anfeindungen und Übergriffe ist es mir umso wichtiger, Ihnen verlässlich verbunden zu sein, öffentlich klar Stellung zu beziehen und Sie konkret zu unterstützen.

II.

Uns Christen verbindet mit dem Judentum eine besondere Beziehung, die unser eigenes Glaubensverständnis berührt. Jesus war Jude. Die Heiligen Schriften Israels gehören zu unserer Bibel. Der Apostel Paulus erinnert uns daran, dass Gottes Gnadengaben und seine Berufung unwiderruflich sind. Die Treue Gottes zu seinem Volk bleibt bestehen. In dieser Gewissheit gründet unsere besondere Verbundenheit mit dem Judentum und unsere Wertschätzung Ihrer lebendigen Glaubenstradition.

Seit der Konzilserklärung Nostra aetate hat die Kirche diese Verbundenheit neu ins Bewusstsein gerufen. Sie verpflichtet uns auch, die Geschichte christlicher Judenfeindschaft selbstkritisch aufzuarbeiten und jeder Form von Antisemitismus entgegenzutreten. Im jüdisch-christlichen Gespräch erschließt sich uns zugleich die Kraft der biblischen Überlieferung, die uns gemeinsam anvertraut ist.

Ein tragender Bezugspunkt unseres Gesprächs ist die Gewissheit, dass jeder Mensch als Ebenbild Gottes geschaffen ist. Seine Würde kommt ihm unbedingt zu. Sie hängt weder von seiner Herkunft noch von seiner Leistungsfähigkeit oder der Anerkennung durch andere ab. Aus dieser Überzeugung erwächst Verantwortung, besonders für Menschen, deren Rechte missachtet werden.

Was diese Überzeugung verlangt, zeigt sich im Zusammenleben sehr konkret: Können Jüdinnen und Juden ihren Glauben sichtbar leben? Können junge Menschen an Schulen und Hochschulen zu ihrer jüdischen Identität stehen, ohne angefeindet zu werden? Können Menschen ihre Gemeinde besuchen und am öffentlichen Leben teilnehmen, ohne sich wegen ihrer Zugehörigkeit rechtfertigen zu müssen? Daran muss sich unser Bekenntnis zur Menschenwürde bewähren.

III.

Die freiheitliche Demokratie schützt die gleichen Rechte aller Menschen und die Freiheit des Glaubens. Ihre Entstehung verdankt sich unterschiedlichen geistigen Traditionen und politischen Kämpfen. Auch die katholische Kirche hat Religionsfreiheit und demokratische Freiheitsrechte in einem konfliktreichen Lernprozess anerkannt. Heute gehört es zu unserer Verantwortung, diese Rechte zu verteidigen und ihre Verwirklichung einzufordern.

Unsere demokratische Ordnung lebt davon, dass Menschen einander als gleichberechtigt anerkennen, auch wenn sie religiös und politisch verschieden denken. Sie muss Minderheiten vor Ausgrenzung schützen. Wie ernst sie ihre Freiheitsversprechen nimmt, zeigt sich deshalb ganz wesentlich auch daran, ob jüdisches Leben in ihr sicher und selbstbestimmt möglich ist.

Es ist eine schmerzliche und bittere Tatsache, dass Antisemitismus auch nach der Shoah in Deutschland nie verschwunden ist. Er bestand in Vorurteilen und Denkmustern fort, wurde weitergetragen und trat immer wieder in offenen Anfeindungen zutage. Heute müssen wir erleben, dass antisemitische Ressentiments in Teilen unserer Gesellschaft wieder vermehrt auf Zustimmung stoßen und mancherorts wieder als sagbar gelten. Bisweilen werden sie ganz offen ausgesprochen; oft begegnen sie uns unter verändertem Vorzeichen, in Andeutungen oder vermeintlich unverfänglichen Deutungen. Gerade deshalb braucht es Aufmerksamkeit und die Bereitschaft, Antisemitismus auch dort klar zu benennen, wo er sich hinter anderen Begriffen und Argumentationsmustern verbirgt.

IV.
Seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 haben sich Bedrohungen und Übergriffe weiter verschärft. Wir müssen Judenhass erkennen, wo immer er auftritt: in rechtsextremen, linksextremen und islamistischen Weltbildern, in Verschwörungserzählungen und verpackt in vermeintlicher Israelkritik.

Dabei ist eine klare Unterscheidung geboten: Kritik an politischen Entscheidungen der israelischen Regierung gehört zur offenen politischen Debatte. Wer jedoch Jüdinnen und Juden kollektiv für diese Entscheidungen verantwortlich macht, bedient antisemitische Denkmuster. Solchen Zuschreibungen muss entschieden widersprochen werden. Das werde ich auch weiterhin öffentlich tun. Niemand darf von Ihnen verlangen, sich für das Handeln eines Staates zu rechtfertigen. Ihr Recht auf Sicherheit und gesellschaftliche Zugehörigkeit gilt unabhängig von Ihrer politischen Haltung. Ebenso unverzichtbar ist die Anerkennung des Existenzrechts Israels. Dieses Recht und die Sicherheit seiner Bevölkerung bilden grundlegende Voraussetzungen einer gerechten Friedensordnung.

V.

Wie notwendig klare Maßstäbe sind, zeigen die Vorgänge um die Versuche der gegenwärtigen Regierungsbildung in Berlin. Der Streit über den Umgang mit Antisemitismus in Teilen der Linkspartei hat die Sondierungsgespräche mit SPD und Grünen zeitweilig unterbrochen. Inzwischen ist wohl der Weg für Koalitionsverhandlungen frei. Ich sage ausdrücklich: Ich habe kein Verständnis dafür, wenn die Aussicht auf Regierungsverantwortung dazu führt, dass klar antisemitische Äußerungen und Positionen in Teilen des möglichen Koalitionspartners verharmlost oder politisch beiseitegeschoben werden. Ein Regierungsbündnis anzustreben, solange der künftige Partner dem Antisemitismus in den eigenen Reihen nicht glaubwürdig und konsequent entgegentritt, halte ich für politisch unverantwortlich. Die Aussicht auf Regierungsämter darf nicht dazu verleiten, darüber hinwegzusehen oder schriftliche Zusicherungen bereits für einen hinreichenden Beleg konsequenten Handelns zu halten. Wer aus gutem Grund klare Grenzen gegenüber Menschenfeindlichkeit zieht, muss diese auch dann achten, wenn sie den eigenen Weg zur Macht begrenzen. Der Schutz jüdischen Lebens und die entschiedene Zurückweisung von Antisemitismus müssen Voraussetzung jeder Regierungszusammenarbeit sein.

Klare Grenzen sind auch dort notwendig, wo das Gedenken an antisemitische Gewalt politisch vereinnahmt wird und jüdische Menschen herabgesetzt werden, die sich dagegen zur Wehr setzen. Das zeigen die jüngsten Ereignisse in Halle. Dort verhinderten Mitglieder der Jüdischen Studierendenunion Deutschland am 9. Oktober mit einer Menschenkette, dass der AfD-Vizepräsident des Landtags von Sachsen-Anhalt an der Gedenkveranstaltung auf dem Gelände der Synagoge teilnahm. Sie wollten das Gedenken an die Opfer des antisemitischen Anschlags von 2019 vor rechtsextremer Vereinnahmung schützen. Anschließend bezeichnete der Politiker die Beteiligten als „Gruppe fanatisierter Studenten“. Diese Äußerung ist eine inakzeptable Herabsetzung jüdischer Studierender. Wer ihren Protest auf diese Weise diffamiert, lässt den Respekt vermissen, den er durch seine Teilnahme am Gedenken für sich vorgibt in Anspruch zu nehmen.

Jüdinnen und Juden müssen sich nicht vorschreiben lassen, welche politischen Repräsentanten sie an einem Ort willkommen heißen sollen, der an diesem Tag für die tödliche Bedrohung ihres Lebens steht. Das Gedenken an die Opfer antisemitischer Gewalt darf niemandem als Bühne dienen, um politische Respektabilität zu demonstrieren und zugleich jüdische Stimmen

herabzusetzen. Gerade wer ein öffentliches Amt bekleidet, trägt hier eine besondere Verantwortung. Politische Glaubwürdigkeit erweist sich im konsequenten Widerspruch gegen Antisemitismus – unabhängig davon, aus welchem politischen Umfeld er kommt, und gerade auch in den eigenen Reihen.

VI.

In wenigen Tagen erinnern wir an die Novemberpogrome von 1938. Wir gedenken der Menschen, die verfolgt, gedemütigt und ermordet wurden, und der Zerstörung jüdischen Lebens, an der so viele mitwirkten oder die sie geschehen ließen. Dieses Erinnern verpflichtet uns, die Gefährdungen jüdischen Lebens heute wahrzunehmen. Es verlangt, Betroffenen beizustehen und rechtzeitig zu widersprechen, wenn Ausgrenzung gesellschaftlich hinnehmbar zu werden droht.

Die Pastoralkonstitution „Gaudium et Spes“ des II. Vatikanischen Konzils verpflichtet die Kirche, Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen zu teilen. Auch diesen Anspruch müssen wir immer wieder einlösen. Aus dem Zuhören müssen Konsequenzen entstehen: wenn in einer Schulklasse antisemitische Bemerkungen fallen, wenn Verschwörungserzählungen weitergegeben werden oder wenn Menschen wegen ihrer jüdischen Identität bedroht werden. Dann sind Widerspruch und konkreter Beistand erforderlich.

VII.

Solche Aufmerksamkeit gehört zum Kern der Seelsorge. Menschen sollen aussprechen können, was sie belastet, ohne auf eine Rolle oder eine Leistung reduziert zu werden. Das gilt in den Gemeinden, in Krankenhäusern und Hospizen ebenso wie in der Begleitung von Soldatinnen und Soldaten.

Als katholischer Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr bin ich froh und dankbar, dass es seit fünf Jahren eine jüdische Militärseelsorge in der Bundeswehr gibt. Mit dem Militärrabbinat und Militärbundesrabbiner Zsolt Balla fühle und weiß ich mich eng verbunden. Die Arbeit der Militärrabbiner macht jüdischen Glauben im Alltag der Bundeswehr sichtbar und stärkt die Menschen, die sie begleiten.

In der Militärseelsorge begleiten wir Soldatinnen und Soldaten, die unter anspruchsvollen Bedingungen Verantwortung tragen. Diese Begleitung verlangt, ihre Erfahrungen ernst zu nehmen und die Freiheit ihres Gewissens zu achten. Der Austausch mit der jüdischen Militärseelsorge eröffnet die Möglichkeit, voneinander zu lernen und gemeinsam für die Achtung der Menschenwürde im Alltag der Streitkräfte einzutreten.

VIII.
Die Verantwortung, die uns auch in der Militärseelsorge verbindet, reicht natürlich über diesen Dienst hinaus. Sie nimmt uns ebenso im kirchlichen und gesellschaftlichen Leben vor Ort in die Pflicht. Als Bischof von Essen möchte ich deshalb die Beziehungen zu den jüdischen Gemeinden verlässlich pflegen und dazu beitragen, dass die Auseinandersetzung mit Antisemitismus in unserer Bildungsarbeit und Verkündigung einen festen Platz hat. Wo in unseren eigenen Zusammenhängen judenfeindliche Vorstellungen begegnen, müssen wir sie benennen und ihnen entschieden widersprechen. Dabei möchte ich zuhören, für Ihre Anliegen ansprechbar sein und gemeinsam mit den Verantwortlichen unserer Kirche dafür sorgen, dass aus unserer Verbundenheit praktischer Beistand erwächst.

Ich wünsche Ihrer Gemeinde, dass Sie Ihren Glauben frei leben, miteinander feiern und Ihre Zukunft hier gestalten können. Dazu wollen und werden wir als katholische Kirche unseren Beitrag leisten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf die Begegnung mit Ihnen.

Gott segne Sie. ‚Shalom‘.